



## Positionspapier der LRK HAW NRW

22. Mai 2026

### **Hochschulen für Angewandte Wissenschaften wehren sich solidarisch gegen Eingriffe in Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie**

In einem gegenwärtig aufgeheizten gesellschaftlichen Klima, das von populistischer Polarisierung und Polykrisen geprägt ist, stehen auch Hochschulen zunehmend unter Druck. Nicht nur ökonomische Herausforderungen gehören dazu, sondern auch wissenschaftsfeindliche Tendenzen und Angriffe von extremistischen Kräften, insbesondere von rechts.

Freie Wissenschaft ermöglicht Erkenntnisfortschritte, die die Grundlage für Innovationen bilden und damit die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft, unseres Wohlstands und unseres demokratischen Rechtsstaats sichern. Wir stehen vor der Notwendigkeit einer umfassenden, nachhaltigen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformation. Dafür sind wir sowohl auf forschungsbasierte technische und soziale Innovationen als auch auf informierte, mutige und verantwortungsvolle politische Entscheidungen angewiesen. Wir als Hochschulen für Angewandte Wissenschaften leisten hierzu einen wesentlichen Beitrag! Dafür brauchen wir geeignete Rahmenbedingungen.

Verantwortliche politische Entscheidungen sind auf zuverlässiges Wissen angewiesen. Dieses entsteht, indem neue Ideen, Forschungsfragen und Forschungsansätze verfolgt und ihre Ergebnisse intersubjektiv und kritisch, im freien und fairen Austausch unter Wissenschaftler:innen überprüft werden. Das Grundrecht auf Wissenschaftsfreiheit schützt diesen Prozess und macht informierte politische Entscheidungen erst möglich. Wir sind besorgt, dass sich Wissenschaftsfeindlichkeit, Fake News, Verschwörungserzählungen und Desinformationen zunehmend ausbreiten, Einfluss auf politische Entscheidungsträger:innen gewinnen und so demokratische Entscheidungsprozesse und die Zukunft unserer Gesellschaft gefährden. Wir sind außerdem besorgt, weil Angriffe auf Forscher:innen und Forschungsgebiete und Eingriffe in die Wissenschaftsfreiheit zunehmen. Dagegen verteidigen wir unsere Hochschulen als Orte des freien, fairen und kritischen wissenschaftlichen Diskurses. Wir leisten solidarische Unterstützung, wenn einzelne Forscher:innen, Forschungsbereiche, Hochschulen oder Hochschulleitungen Ein- oder Angriffen ausgesetzt sind.

Die Freiheit der Wissenschaft, im Sinne ihrer Unabhängigkeit von politischer, ideologischer oder einseitiger wirtschaftlicher Steuerung, stellt sicher, dass neue Einsichten auch dann gewonnen und vertreten werden können, wenn sie bestehenden Interessen widersprechen. Mit Hilfe der Wissenschaft entsteht belastbares Wissen über natürliche, technische, soziale und ökonomische Zusammenhänge. Das ist notwendig, um in komplexen Krisen (Klima, Ressourcenknappheit, Demografie etc.) nachhaltige Lösungen zu finden und handlungsfähig zu bleiben.

Hochschulen sind Orte, an denen junge Menschen nicht nur Fachwissen erwerben und als künftige Fachkräfte die wirtschaftlichen Grundlagen unserer Gesellschaft sichern, sondern sich auch zu freien und verantwortlichen Personen bilden, die zukünftig unsere demokratische Gesellschaft tragen und gestalten werden. Dies kann nur gelingen, wenn junge Menschen lernen, kritisch zu denken, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen und Kontroversen mit Argumenten im freien und fairen Diskurs auszutragen. Die Meinungsfreiheit



hat freilich Grenzen, wo Demokratie in Frage gestellt, Grundrechte verletzt und Positionen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vertreten werden. In diesem Zusammenhang liegt es in unserer Verantwortung als Hochschulen den Raum für freie, faire und kritische Diskurse zu sichern. Wir sind besorgt über die Zunahme an Eingriffen in die Hochschulautonomie im Kontext gesellschaftlicher Kontroversen. Dagegen verteidigen wir unsere Hochschulen als Orte der Meinungsfreiheit und Demokratiebildung.

An unseren Hochschulen lernen, lehren, forschen und arbeiten Menschen mit verschiedensten Identitäten. Wir beobachten mit Sorge, dass aktuell insbesondere rechtspopulistische und -extremistische Tendenzen zu einer Zunahme an Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit führen und die Grenzen des Sagbaren gezielt verschoben werden, mit Auswirkungen bis in die Mitte der Gesellschaft hinein. Als Hochschulen sind wir zum Schutz aller Menschen, die bei uns lernen, lehren, forschen und arbeiten, verpflichtet. Wir treten daher Hass und Hetze sowie antidemokratischen, autoritären Diskursverschiebungen mit Entschiedenheit entgegen. Es gehört zu unserem verfassungsmäßigen Auftrag als Hochschulen, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen.

Wissenschaft und Freiheit der Wissenschaft gehören zu den Grundpfeilern eines demokratischen Rechtsstaates, der die Rechte und die Würde aller schützt und garantiert, auf Herausforderungen in Gegenwart und Zukunft verantwortungsvoll reagiert und Transformation gestaltet. In diesem Rechtsstaat müssen Hochschulen sichere Orte des kritischen Denkens sein. Dafür stehen wir als Hochschulen für Angewandte Wissenschaften ein!